

27.01.2017

Die Mitte **CDU**



Liebe Freunde,

meine Woche in Berlin war diesmal von der Trauerzeremonie für den Anfang Januar verstorbenen Roman Herzog geprägt. Am Dienstag haben wir dem einstmaligen Bundespräsidenten in einem Staatsakt im Berliner Dom die letzte Ehre erwiesen. Bundespräsident Gauck würdigte dabei in seiner Rede das Vermächtnis Herzogs als moralisches Vorbild für unser Land.

Mit großem Interesse habe ich in den vergangenen Tagen auch nach Amerika geblickt. Mit der Amtseinführung Donald Trumps ist für viele das Gefühl des Aufbruchs in eine neue, unsichere Zukunft verbunden. Ich kann diese Ängste verstehen, möchte aber dennoch vor einer allzu verfrühten Schwarzmalerei warnen. Deutschland und die USA verbindet eine lange Freundschaft mit gemeinsamen Werten und Handeln, an der wir auch weiterhin festhalten werden. Dies gilt für die Sicherheit wie für die internationale Wirtschafts- und Handelsordnung. Ich bin davon überzeugt, dass das transatlantische Verhältnis einer der Grundpfeiler unserer Außen- und Sicherheitspolitik bleiben wird.

Auch innenpolitisch ist diese Woche viel passiert. Am Dienstag hat Sigmar Gabriel entgegen der Spekulationen im Vorfeld bekannt gegeben, nicht als Kanzlerkandidat der SPD ins Rennen gehen zu wollen. Ich kann diese Entscheidung ein Stück weit nachvollziehen, wünsche meinem Kollegen Sigmar alles Gute und freue mich nun auf den bevorstehenden spannenden Wahlkampf. Schon seit einigen Wochen laufen die Planungen hier in Berlin wie auch im Wahlkreis auf Hochtouren. Die nächsten Monate werden spannend und inhaltsreich. Ich hoffe, dass wir Ende September mit einem erfolgreichen Wahlergebnis für unsere Anstrengungen belohnt werden. Ich kann euch versichern, dass ich mit voller Kraft angreifen werde!

Herzliche Grüße

Ihr/Euer

Patricia Reinicke aus Morsum als Praktikantin im Deutschen Bundestag

Die 16-jährige Patricia Reinicke aus Morsum aus der Samtgemeinde Thedinghausen absolviert derzeit ein Praktikum in der Verwaltung des Deutschen Bundestages. Die Schülerin will während ihrer zwei Wochen hier in Berlin einmal in die Arbeit der Parlamentsverwaltung hineinschnuppern, um zu schauen, ob dies vielleicht einmal ihr Beruf werden könnte. Im Laufe der Woche hatte auch ich Gelegenheit, Patricia gemeinsam mit ihren Großeltern in meinem Berliner Büro begrüßen zu können.



Zuvor hatten wir uns bereits am Dienstag vor der Fraktionssitzung getroffen, wo sich mir die Gelegenheit bot, Patricia auch unserem Bundesinnenminister Dr. Thomas deMaizière und unserem Bundestagspräsidenten Dr. Norbert Lammert vorzustellen. Am Ende konnten wir alle zusammen noch diese beiden tollen Erinnerungsfotos machen. Ich habe mich sehr gefreut, Patricia hier begrüßen zu können und wünsche ihr noch ein schönes und erlebnisreiches Restpraktikum in unserem Haus.

Deutsche Wirtschaft in sehr guter Verfassung

Auch der letzte Jahreswirtschaftsbericht dieser Wahlperiode bestätigt die stabil positive Wirtschaftsentwicklung trotz eines schwierigen internationalen Umfelds. Die Arbeitslosigkeit befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung, die Beschäftigung auf einem Höchststand. Die Löhne und Gehälter verzeichnen starke Zuwächse. Das ist unsere Politik des Wohlstands für alle. Für das Jahr 2017 erwartet die Bundesregierung ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,4 Prozent.

Die gute Wirtschaftsentwicklung ist auch Ergebnis unserer Haushalts- und Finanzpolitik der schwarzen Null und der ständig steigenden Ausgaben für Bildung und Forschung. Aber wir lehnen uns nicht zurück. In Bereichen wie Digitalisierung, Fachkräf-

tesicherung, Flexibilität des Arbeitsmarktes, Bezahlbarkeit der Energieversorgung oder Integration von Migranten müssen wir erhebliche Herausforderungen anpacken.

Ein großes Anliegen ist uns, die kräftig angehobenen Bundesmittel für öffentliche Investitionen schneller in die Tat und in konkrete Vorhaben umzusetzen. Das Geld muss schneller in die Straße, ins Breitband und in die Kindergärten kommen. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält eine Übersicht der vielfältigen Maßnahmen zur Stärkung öffentlicher wie auch privater Investitionen. Dies bestärkt uns darin, den Haushaltsüberschuss 2016 aus Gründen der Generationengerechtigkeit jetzt zur Tilgung von Schulden zu verwenden.

Fahndung und Schutz von Polizeibeamten durch mobile Videosysteme verbessern

In erster Lesung diskutieren wir Neuregelungen im Bundespolizeigesetz, um die von Bundesinnenminister de Maizière gemachten Vorschläge zur Erhöhung der inneren Sicherheit zu realisieren. Mit dem Einsatz mobiler Videotechnik (Bodycams) und automatischer Kennzeichenlesesysteme sowie der Befugnis zur Aufzeichnung von eingehenden Telefonaten in Einsatzleitstellen wollen wir es der Bundespolizei beispielsweise ermöglichen, besser nach gesuchten Fahrzeugen und Insassen fahnden zu können. Damit stärken wir insgesamt polizeiliche Befugnisse. Personen, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen, dürfen nicht in das Bundesgebiet und damit den Schengenraum einreisen. Hierfür wollen wir klarstellen, dass personenbezogene Daten zum Zwecke der Ausschreibung zur Einreiseverweigerung in das Schengener Informationssystem über das polizeiliche Informationssystem (INPOL-Bestand) eingegeben werden dürfen. Bodycams sollen weiterhin dabei helfen, Gewalt gegen Polizeibeamte einzudämmen und Straftaten besser verfolgen zu können.

Technik für unsere Sicherheit nutzen

Der terroristische Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz und die jüngsten Gewaltexzesse in Berliner U-Bahnhöfen haben gezeigt, dass die Ausweitung der Videotechnik unerlässlich ist. Nicht nur dient der Einsatz dieser Technik der Verfolgung von Straftätern. Videoüberwachung wirkt insbesondere im Bereich der Alltagskriminalität abschreckend, denn auf gestochene scharfe Bilder „in flagranti“ sind wenige Täter scharf.

Dass sich der rot-rot-grüne Senat in Berlin weiterhin gegen eine Ausweitung der Videoüberwachung sperrt, ist nicht nachvollziehbar – zumal Täter erst jüngst innerhalb von Stunden nach der Veröffentlichung von Bildsequenzen identifiziert werden konnten. Im Bund tun wir alles dafür, um die Videoüberwachung an sensiblen Punkten zu stärken. Deshalb beraten wir in dieser Woche mit dem Videoüberwachungsverbesserungsgesetz einen Vorschlag unseres Bundesinnenministers, der den Einsatz dieser Technik an öffentlich zugänglichen Anlagen wie Einkaufszentren und Sportstätten erleichtert.

USA bleiben wichtigster Verbündeter außerhalb EU

Die ersten Maßnahmen des neugewählten US-Präsidenten haben gezeigt, dass er seinen Schwerpunkt auf die amerikanische Innenpolitik legen will. Bei seiner außenpolitischen Linie deutet sich an, dass er in manchen Bereichen umsteuern wird. Wir sollten aufmerksam die weitere Entwicklung verfolgen, aber auch mit selbstbewusster Gelassenheit unsere Standpunkte vertreten. Vergessen wir nicht: Der neue amerikanische Präsident ist erst seit wenigen Tagen im Amt. Aber die erste Rede im Amt gibt auch Anlass zur Sorge. Umso wichtiger ist es jetzt, dass wir miteinander sprechen. Auch dürfen wir nicht vergessen, dass wir unseren Beitrag zur Verteidigung unseres Bündnisses und unserer Werte weiter steigern müssen.

Änderung der Sportanlagenlärmschutzverordnung

Mit der Zweiten Verordnung zur Änderung der Sportanlagenlärmschutzverordnung werden die Immissionsschutzwerte für die abendlichen Ruhezeiten von 20 bis 22 Uhr sowie die Ruhezeiten an Sonn- und Feiertagen an die tagsüber geltenden Grenzwerte angepasst. Ziel ist es, damit den Spielbetrieb auf Sportanlagen weiter zu fördern. So erhöhen wir die Nutzungsmöglichkeiten der Anlagen und fördern aktiv den Freizeit- und Breitensport.



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 13 24

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Marlen Homeyer